

434 Rp

DAS DENKEN SALAZARS

DAS WERK DES REGIMES  
IN DER  
WAHLKAMPAGNE

REDE SEINER EXZELLENZ DES MINISTERPRÄSIDENTEN, GEHALTEN  
AM 31. MAI 1958 IM S. BENTO-PALAST IN BEANTWORTUNG DER  
BOTSCHAFT DER PORTUGIESISCHEN GEMEINDEVORSTEHER

UND

WORTE SEINER EXZELLENZ AUF DER WAHLVERSAMMLUNG  
ZUGUNSTEN DER KANDIDATUR DES HERRN KONTERADMIRALS  
AMÉRICO THOMAZ, AM 4. JUNI 1958 IM SPORTPALAST ZU LISSABON.

SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO  
LISSABON • 1958

1038



434 Rp  
EST. DA COMUNICACAO SOCIAL  
BIBLIOTECA

DAS DENKEN SALAZARS

# DAS WERK DES REGIMES IN DER WAHLKAMPAGNE

REDE SEINER EXZELLENZ DES MINISTERPRÄSIDENTEN, GEHALTEN  
AM 31. MAI 1958 IM S. BENTO-PALAST IN BEANTWORTUNG DER  
BOTSCHAFT DER PORTUGIESISCHEN GEMEINDEVORSTEHER.

UND

WORTE SEINER EXZELLENZ AUF DER WAHLVERSAMMLUNG  
ZUGUNSTEN DER KANDIDATUR DES HERRN KONTERADMIRALS  
AMÉRICO THOMAZ, AM 4. JUNI 1958 IM SPORTPALAST ZU LISSABON.

SECRETARIADO NACIONAL DA INFORMAÇÃO  
L I S B O N     •     1 9 5 8



S.N.F.  
7038

DAS DENKEN SAFAARS

DAS WERK DES REGIMES  
IN DER  
WAHLKAMPAGNE

Das Werk des Regimes in der Wahlkampagne ist ein Dokument, das die Gedanken und die Handlungen der Regierung während der Wahlkampagne zeigt. Es ist ein Dokument, das die Gedanken und die Handlungen der Regierung während der Wahlkampagne zeigt. Es ist ein Dokument, das die Gedanken und die Handlungen der Regierung während der Wahlkampagne zeigt.

SECRETARIA NACIONAL DA PROPAGANDA  
LISBOA 1938



Ich war der Meinung, dass ich dieser Begegnung nicht aus dem Wege gehen dürfte: Im vollen Bewusstsein der Bedeutung des Augenblicks kamen diese treuen Männer der Amtsbezirke, um wie in anderen entscheidenden historischen Momenten der Regierung gegenüber ihre Stellungnahme zu bekunden. In dieser gleichen Stunde klärten die mit der Verwaltung betrauten Personen in allen Gemeinden des Landes ihre Mitbürger darüber auf, wie sie das Fühlen des Volkes auslegen, und wie sie seinem Willen Ausdruck verleihen. Sie besitzen die dazu nötige Fähigkeit und Zuständigkeit. Mit festen Füßen auf dem Boden des Vaterlandes stehend, Hand und Geist ganz der Arbeit hingegeben, fern von jedem politischen Ehrgeiz und im engsten Kontakt mit dem Leben, wie es wirklich ist, kann man die Zuständigkeit Ihrer Vertretung nicht ableugnen. Ich tadle nur das Übermass an persönlichen Hinweisen, denn weder bin ich, noch tue ich mehr als die anderen: ich bin nur derjenige, den unvorhergesehene Umstände zum Fahnenträger einer Bewegung der Einheit und der nationalen Wiedergeburt bestimmt haben; weder Held, noch Weiser, noch Heiliger: «irgendeiner», der auf dem Posten, der ihm angewiesen wurde, für sein Land so viel arbeitet, wie er kann, und der jederzeit denen zur Verfügung steht, die ihn ihm anvertraut haben.

## I

Man weiss nicht, warum anlässlich einer Präsidentenwahl gegenwärtig Portugiesen auftreten, die die Wertlosigkeit dieser Bemühungen proklamieren, das Vorhandensein oder den Wert irgendeines Werkes verneinen, die unzureichende Begründetheit der zugrundeliegenden Politik behaupten. Es ist die Frucht der Leidenschaften, die die besten Geister verwirrt und ihnen nicht erlaubt, die Dinge zu sehen, wie sie wirklich sind. Wenn Sie einen Augenblick Zeit haben, lassen Sie uns das in der ruhigen, leidenschaftslosen Atmosphäre nachweisen, die nicht zu verlassen unsere Pflicht ist.

In der übereichlichen Prosa, die im Namen, im Auftrag und im Treibwasser der Oppositionen gesagt und gedruckt worden ist, überschlagen sich die Kritiken an dem, was in den letzten dreissig Jahren getan worden ist, und zahllos sind die Versprechungen hinsichtlich dessen, was eine bessere Regierung und eine verständigere Orientierung in Bezug auf die wichtigsten Probleme unseres kollektiven Lebens tun wird. Wenn wir jedoch von Mängeln, Abwegen und sogar unvermeidlichen, doch zu behebenden Fehlern absehen, dreht es sich in allen Programmen letztlich um die Aussenpolitik, die überseeische Politik, die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik und um das Fehlen oder die Unzulänglichkeit der Institutionalisierung des Regimes. Prüfen wir Punkt für Punkt die Stellungnahmen; wir werden es schnell tun, weil der Einzelheiten viele, doch des Wesentlichen wenig ist.

Was die Aussenpolitik anbetrifft, so darf aus dem Vorgebrachten geschlossen werden, dass nichts für schlecht gehalten wurde. Niemand hatte den Mut, die Politik des Bündnisses mit England, noch die des iberischen Blocks, noch die der luso-brasilianischen Gemeinschaft anzugreifen. Ebensovienig wollte man die Neutralität Portugals während des letzten Weltkriegs kritisieren, die übrigens zugunsten der Alliierten funktionierte — eine mitarbeitende Neutralität, wie ich sie einmal nannte — noch die Korrektheit oder Ausgezeichnetheit der mit den anderen Staaten un-

terhaltenen Beziehungen, weder die erworbenen Freundschaften, noch die erlangten Unterstützungen. Alles war gut, alles richtig, es ist nichts daran auszusetzen.

Doch habe ich Zweifel daran auftauchen sehen, ob unsere Institutionen mit den Prinzipien der Vereinten Nationen vereinbar sind. Aber eines ihrer Grundprinzipien ist gerade, dass die Organisation nichts mit dem inneren Regime der verschiedenen Nationen zu tun hat. Wir wurden ohne irgendwelches Drängen von unserer Seite mit der Einstimmigkeit von 56 Stimmen aufgenommen, ohne eine Gegenstimme oder Stimmenthaltung. Das heisst, man hielt uns für nützliche und fähige Elemente, um die Normen des Zusammenlebens zu erfüllen, die die Grundlage der Institution bilden; es ist zumindest merkwürdig, dass man im Innern eine so unverdächtig anerkannte Tauglichkeit leugnen kann.

Über die eingenommenen Stellungen hinaus gibt es auch Anregungen. Ich las, dass man von einer der Seiten aus eine *unabhängige* Politik und Beziehungen zu *allen Ländern* vorschlägt. Dieses Wort «unabhängig» bedeutet nicht, dass man die Bedingungen zu der freien Selbstbestimmung des Landes im internationalen Leben schaffen müsste. Wenn jemand sich brüsten darf, ohne Schaden unangenehme Bande und Abhängigkeiten gelöst und auf diese Weise die nationale Unabhängigkeit verstärkt zu haben, so sind wir es. Und jene, die jahrelang auf Hilfe ausländischer Mächte warten, um an die Macht zu kommen, könnten das nicht tun. Jenes Wort bedeutet im kommunistischen Wortschatz dasselbe wie Neutralismus oder aktive Neutralität, das heisst Nichtbeteiligung an Bündnissen oder ideologischen Blocks. Das fordert Russland von seinen Freunden, wenn es ihren Anschluss nicht verlangen kann.

Ich weiss nicht, ob, wenn ein Kandidat zu Gunsten des anderen zurücktritt, mit den entsprechenden Kräften auch die entsprechenden Programme zusammengelegt werden. Letzteres wäre unmöglich, weil die geopolitische Konzeption des einen im gegenwärtigen Moment mit der «unabhängigen» Politik, die der andere

wünscht, unvereinbar ist. Im Gegenteil, es ist nötig, die Verteidigungsblocks zu verstärken, und — wie mir scheint — in einigen Fällen zu erweitern, wenn wir die eigene Unabhängigkeit nicht aufs Spiel setzen wollen; das heisst, die nationale Unabhängigkeit muss auf wechselseitiger politischer Abhängigkeit aufgebaut werden. Das ist das Gesetz des Augenblicks, den wir durchleben.

Von derselben Seite kam der Ruf nach Beziehungen zu allen Ländern. Wenn es sich um Handelsbeziehungen handelt, und die Anspielung sich auf die Länder hinter dem Eisernen Vorhang bezieht, so muss ich sagen, dass wir bereits regelrechte Beziehungen zu Polen, der Tschechoslowakei, Ostdeutschland und Ungarn haben und sogar mit Russland, einem alten Käufer unseres Korks, Handel treiben. Den anderen Beziehungen, vor allem den diplomatischen, stehen ernste Hindernisse im Wege, die schwerlich überwunden werden können, solange sie ein bevorzugtes Mittel zu einer unannehmbaren Proselytenmacherei sind. Wir haben gesehen, wie auf diesem Gebiete Versuche gemacht und wieder rückgängig gemacht wurden, um dann die Ergebnisse zu bedauern. Alle leidenschaftslosen Menschen werden verstehen, dass dieses Problem nur unter den folgenden zwei Bedingungen gelöst werden kann: Abstehen von jeder Proselytenmacherei von Seiten der ausländischen Vertretungen; völlige Gegenseitigkeit bei den üblicherweise zugestandenen Regalien.

Aber das hat nichts mit dem Problem des Friedens zu tun. Auch wir, wie die Mehrzahl der Länder, wünschen den Frieden, nur die Vorstellung über den zu seiner Sicherung und Festigung einzuschlagenden Weg trennt uns von vielen anderen. Wie sehr wünschen wir, eine Plattform für die Abrüstung zu erlangen! Wie sehr wünschen wir, die Summen, die wir für die Verteidigung ausgeben, dem Allgemeinwohl zukommen lassen zu können! Aber der Friede, die Abrüstung sind wechselseitige Begriffe oder Situationen zwischen unabhängigen Staaten. Und wenn man von Frieden spricht, ohne zuerst diese Forderung aufgestellt zu haben, dann ist man bereit, auf nationaler Ebene die Knechtschaft anzunehmen.

\*

\*

\*

Betrachten wir nun die überseeische Politik, wobei darunter die Gesamtheit der Prinzipien verstanden wird, die die Beziehungen zwischen den verschiedenen, die portugiesische Nation bildenden Teilen regeln, die Normen, die die rassischen Beziehungen regeln, das Endziel, das sich das kolonisatorische Werk steckt. Ich fand Hinweise auf die Notwendigkeit einer «Aktualisierung» und auf die Notwendigkeit eines nationalen Plebiszits, um die Situation in Goa zu definieren. Obwohl mir die Idee nicht ganz klar geworden ist, habe ich doch gegen den ersten Punkt nichts vorzubringen, weil das Anwachsen der überseeischen Provinzen, vor allem Angolas und Moçambiques, ihre Ausdehnung, ihre Bedürfnisse, ihr Fortschritt, Revisionen an der Struktur der Regierung und Verwaltung notwendig machen werden, ohne im übrigen ihre grundsätzliche Stellung im portugiesischen Ganzen zu ändern. Als das Projekt des nächsten Förderungsplanes definiert wurde, an dem jene Provinzen zum Nachteil vieler hier notwendiger Verwirklichungen so substantiell beteiligt sind, hatten wir mehr als einmal das Gefühl, uns das Brot, das der Übersee helfen solle, vom Munde abzusparen; doch taten wir es ohne Opfer, und es tat uns nur leid, dass es nicht mehr sein konnte. Jene Anspielung scheint also kein Problem darzustellen.

Dasselbe kann ich von Goa nicht sagen, in dessen Fall die eingenommene Stellung eine bekannte Marke trägt. Man muss mit den Kommunisten fast Mitleid haben. Man hiess sie bei Kriegsbeginn deutschlandfreundlich sein, und sie waren es. Man hiess sie die Unabhängigkeit der Sowjetrepubliken annehmen, und sie nahmen sie an; man hiess sie die Absorption dieser selben Republiken hinnehmen, und sie nahmen sie hin. Sie sind Kolonialisten, um den russischen sozialistischen Staat zu vergrössern, und Antikolonialisten, um ihr eigenes Land zu verkleinern. Suchen wir keine Logik, sondern Gehorsam; erwarten wir keinen Patriotismus, sondern Dienstleistungen zugunsten einer ausländischen Politik.

Die Idee des Plebiszits, um eine neue Situation für Goa zu definieren, ist eine Folgeerscheinung russischer Erklärungen zugunsten der Indischen Union, und wurde von unseren Kommunisten nur deshalb nicht auf alle anderen Provinzen ausgedehnt, weil das zur Zeit die Unbeugsamkeit des Volkes in Hinsicht auf eine freiwillige Amputation der portugiesischen Nation verstärken würde. Goa ist somit das Äusserste, was die Kommunisten auszuspielen wagen; die dadurch ausgelöste Reaktion erübrigt es mir, noch einmal die Politik der Regierung in Beziehung zur Indischen Union darzustellen. Sie ist klar: wir verleugnen uns nicht, noch verstossen wir die Unseren.

\*  
\*      \*

Was das wirtschaftliche Problem betrifft, so entwickelte sich die Wahlkampagne der Oppositionen von der formellen Verneinung jedweden Fortschritts, der übrigens vor aller Augen steht, bis zur einfachen Unzulänglichkeit der diesbezüglichen öffentlichen oder privaten Verwirklichungen. Entweder ist nichts getan worden, oder es wurde nicht alles getan, was hätte getan werden sollen. Sodass der wirtschaftliche Rückstand des Landes mit seiner Rückwirkung auf das Lebensniveau der Bevölkerung weder mit den früheren Niveaus, noch mit der Armut des Milieus, noch mit den finanziellen und technischen Möglichkeiten verglichen zu werden brauchte. Ausserhalb einer Periode wie dieser sollte die intellektuelle Verantwortlichkeit einiger, die in die Debatte eingegriffen haben, sie daran hindern, die Frage so zu stellen.

Das wirtschaftliche Problem sollte so angesehen werden: 1. — Ist es gut formuliert, sodass die Entwicklung der Volkswirtschaft von den aufgestellten Prämissen aus geordnet und aufsteigend vor sich geht? 2. — Liegt das, was getan wurde, innerhalb dieser grossen Linie, oder enthält es Abwege oder Hemmungen für den zukünftigen Fortschritt? 3. — Falls man hätte weiter gehen können, als man ging, welches sind die Mittel, deren man sich ohne Risiko und grösseren Schaden hätte bedienen können,

und die nicht angewandt wurden? Eine ernsthafte Betrachtung muss in diesem Rahmen bleiben; und die statistischen Zahlen, die man immer von neuem heranzog, sind nicht imstande, diese Gesichtspunkte zu ändern.

Wir bedauern ebenso wie alle anderen, dass wir nicht in der ersten Reihe der reichsten und weitest entwickelten Völker stehen. Unser Platz wird nie dort sein, und die, die mit einer solchen Möglichkeit spielen, verkennen völlig die Gegebenheiten des Problems. Ohne ertragreichen Boden, ohne grosse Bodenschätze, ohne reiche Küstengewässer sind hier im Mutterland der Mensch und seine Arbeit noch der grösste Reichtum. Aber um diese auf das gewünschte Niveau zu heben, wird viel Mühe und Zeit nötig sein. Kapital und Technik erfindet man nicht: man führt sie ein oder bildet sie. Ich für meinen Teil ziehe es vor, langsam im Rahmen eines bescheidenen Lebens zu schreiten, als das Land neuen Formen ausländischer Kolonialisierung zu unterwerfen.

Da es im Leben und in der Wirtschaft keinen Bruch geben kann, ist es merkwürdig, dass keine sachlichen Hinweise auf den Förderungsplan gemacht worden sind, der dem jetzigen folgen wird. Gerade in der Koordenierung oder Nicht-Koordenierung der Pläne hätte man die besten Gründe zur Kritik finden können, falls es sich darum handelte. Die Regierung benötigte einige Wochen, das zu prüfen und über das zu entscheiden, was Jahre der Ausarbeitung erforderte und jetzt den Kammern zur Stellungnahme unterbreitet und zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlicht wurde. Es ist bedauerlich, dass die Oppositionen, die ein so grosses Interesse an dem schnellen wirtschaftlichen Fortschritt des Landes zeigen, sich nicht in der Lage sahen, einen Plan zu analysieren, von dem das Land in den nächsten sechs Jahren wesentlich abhängen wird.

\*

\*

\*

Nun noch ein Wort zu dem sozialen Problem.

In einem Manifest, das sich an die Arbeiter des Landes

richtet, erheben die Oppositionen zahlreiche Forderungen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, Löhne, Arbeitszeit, Wohnungen, Urlaub, Fürsorge, Bildungsmöglichkeiten und andere, um ihr Interesse für die Arbeiterklasse zu beweisen. Nichts dergleichen beeindruckt uns oder stellt für uns eine Schwierigkeit dar, da alles in den von uns verteidigten Prinzipien eingeschlossen ist. Das heisst, für uns sind das mehr als Wahlversprechungen, da sie irgendwie das Wesen des Regimes bilden, dem wir dienen. Der Unterschied liegt nur darin, dass die praktische Durchführung bestimmter Bestrebungen von den Möglichkeiten und dem wirtschaftlichen Fortschritt des Landes bestimmt wird, während für die Oppositionen die Versprechungen sich frei von der wirtschaftlichen Bedingtheit darstellen, die ihre Grundlage bilden muss. Lange bevor gewisse Forderungen formuliert oder auch nur geträumt wurden, haben wir schon im Namen unserer Prinzipien proklamiert, dass wir dem wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Aufstieg der Massen keinerlei Grenzen setzen, und so wird auf soliden Grundlagen verwirklicht, was sonst lediglich etwas Gekünsteltes oder Täuschung sein würde.

Es ist verständlich, dass man in dem betreffenden Manifest die ihm zugrundeliegende Ideologie nicht klar darlegen konnte. Die Vorstellung der Sozialisierung der Produktionsmittel würde begehrte Sympathien fernhalten: vor allem war es nötig, dass das Kleinbürgertum hoffen konnte, verschont zu bleiben. Aber die Forderung nach Anerkennung des Streikrechts gibt diesem Fragenkomplex die Note des Klassenkampfes, während wir uns für die Aufrechterhaltung des Milieus der offensten und freundschaftlichsten Zusammenarbeit einsetzen. Hier trennen sich unsere Wege.

Wir nehmen nicht die Vorstellung der Unvereinbarkeit der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an, sondern die ihrer dauernden Solidarität. Wenn eine augenblickliche Unvereinbarkeit die zwei Kräfte in die Gefahr eines Zusammenstosses bringt, muss der Vertreter des Kollektivinteresses den Streit im Einklang mit Recht und Gemeinwohl schlichten. Wenn einem Ei-

senbahner schwere Nacharbeit bestimmt, den Briefträgern und Telefonistinnen durchgehender Dienst auferlegt wird, so geht es nicht um das Interesse des Arbeitgebers oder Arbeitnehmers, sondern um das Interesse der Gemeinschaft. Wie kann man diese vergessen, die als ein Dritter in dem Konflikt auftritt, und den Streit durch den Kampf der anderen vorhandenen Kräfte entscheiden wollen? Wenn der Liberalismus zu diesem Irrtum kommen konnte, so hat der Kommunismus ihn aus den Gesetzen und der Praxis gefegt. Darin hat er völlig recht.

Wir dürfen keine Arbeitsstunde verlieren; wir dürfen den Rhythmus unserer Bemühung nicht verlangsamten; wir können nicht zulassen, dass der Geist des Kampfes und der Hass sich dort einnisten, wo nur die freundschaftliche Zusammenarbeit siegen kann. Wir vergessen weder den menschlichen Egoismus, noch die Missbräuche, so wenig wie die Armut oder das materielle und moralische Elend, die daraus entstehen können; ich sage, dass es korrektere und sicherere Formen gibt, sie zum Allgemeinwohl zu überwinden.

## II

Ich glaube daher, dass wir die Schlussfolgerung ziehen dürfen, dass auf diesen Gebieten des Lebens der Nation und in seinen grossen Linien, abgesehen also von Unzulänglichkeiten oder Fehlern oder zulässigen Verzögerungen, alles, was getan wurde, dazu bestimmt war, dem Allgemeinwohl zu dienen, und ihm auch wirklich gedient hat. Das, was von der anderen Seite angeregt wird, kann oder darf nicht getan werden.

Aber das wäre nicht das Schlimmste. Das Schlimmste ist die Vorstellung, dass man irgendeine Sozialpolitik mittels irgendeiner Wirtschaftspolitik verwirklichen kann; dass man irgendeine Wirtschaftspolitik mittels irgendeiner Finanzpolitik errichten kann; und dass irgendeine Wirtschafts- oder Finanzpolitik als Basis für die internationale oder überseeische Politik dienen kann, die wir zu verwirklichen wünschen. Wenn eines Tages diejenigen,

die einmal gesagt haben, dass sie das Geld holen würden, wo es sich befinde, die Macht in Händen hätten; wenn diejenigen sie hätten, die sich brüsten, gelernt zu haben, dass weder die Festigkeit noch der Wert der Währung von Bedeutung sind, sondern ihr Umfang; wenn eines Tages diejenigen die Macht beeinflussen könnten, die sich der Verteilung der Reichtümer versichern wollen, bevor dieselben produziert sind, dann müssen wir sicher sein, dass es unmöglich wäre, irgendeinen Plan auszuführen oder irgendeine Politik auf die Beine zu stellen, die gleichzeitig folgende Ziele verfolgte: die nationale Unabhängigkeit und Einheit zu festigen und zu erhalten; das Volks- und Privatvermögen zu vergrössern; das Nationaleinkommen gleichmässiger auf alle zu verteilen, zum Vorteil der Bedürftigsten; die Arbeit der Portugiesen zu sichern, ihre Lebensbedingungen zu verbessern, die Ordnung zu sichern, ihnen zu ermöglichen, in Frieden zu leben. Es war nötig, das, was hier steht — mag es für unvollkommen und unvollendet gehalten werden und sicher auch sein — nicht unzusammenhängend zu errichten, sondern mit der Einheit eines Gebäudes auf Grundmauern, in die viel Schweiss dieses armen Volkes geflossen ist; und mit seiner Arbeit und seinen Entbehrungen wurden Schulden bezahlt, wurde die Staatskasse von Wucherzinsen befreit, der Kredit wiederhergestellt, eine Verwaltung errichtet, Prestige errungen und das Vaterland und die Einheit der portugiesischen Übersee verteidigt. Unglückliches Volk, wenn es eines Tages leere Versprechungen mit Realitäten verwechselt und sich davon überzeugen lässt, dass die Arbeit ein Zeichen der Knechtschaft und Unruhen eine zuträgliche Lebensatmosphäre sind!

\*  
\*   \*  
\*

Wie gedenken die Oppositionen all das durchzuführen, wovon wir glauben, dass es entweder nicht getan werden soll oder nicht getan werden kann? Durch eine erzieherische Diktatur, der dann die Bildung politischer Parteien folgen würde. Ich wage

zu behaupten, dass diese Diktatur, die als recht stark angekündigt wird, um sich der anderen entgegenzustellen, die auch in den schlimmsten Tagen nie gewalttätig war, vielleicht entbehrlich ist, um Demokraten zu bilden. Wir, die wir uns in den letzten dreissig Jahren damit begnügt haben, fortzuschreiten, indem wir in Frieden und Ordnung unter einer Autorität lebten, die uns die Freiheiten garantierte, die wir nutzniessen konnten, wir werden nichts lernen. Und viele der anderen, die sich in der gleichen Zeitspanne unterdrückt fühlten, haben schon in Reden, in Zeitungen und anderen öffentlichen Handlungen bewiesen, dass sie in der Lage sind, diese Freiheiten zu geniessen zu beginnen, und zwar in so grossem Ausmass, dass für die anderen nichts mehr übrig bleiben wird.

Und was die Bildung von Parteien betrifft, so braucht man keine Angst zu haben. Es genügt, dass man bei der Regelung des Rechtes auf Vereinigung die Vereinigung zu politischen Zwecken gestattet, damit über Nacht sogar mehr Parteien erscheinen, als lieb ist: eine Zentrumsparthei, eine oder zwei monarchistische Parteien, eine Partei der Linksdemokraten, eine sozialistische Partei und natürlich eine kommunistische Partei, nicht zu reden von den Christlich-Demokraten, da es auch solche gibt, die glauben, dass die Verteidigung der Kirche unter derartigen Umständen auf diese Weise am besten gesichert sei. Dies sind die sogenannten Hauptparteien, weil unser Individualismus, die persönlichen Gegensätze, der Ehrgeiz und die Eitelkeit der Menschen das ihrige tun würden, um jede Disziplin zu sprengen und das, was schon recht geteilt und verstreut wäre, noch mehr zu zersplittern. Und die 120 Abgeordneten der Nationalversammlung müssten sich auf alle diese Gruppen verteilen.

Es ist etwas naiv zu glauben, dass man durch die Kraft der Gesetze, seien sie verfassungsmässig oder nicht, auf die Dauer und ohne Verletzung der demokratischen Prinzipien zu einer zahlenmässigen Beschränkung der Parteien kommen kann. Nimmt man die Prinzipien einmal an, so muss man auch die Folgen in

Kauf nehmen, nur dass sie in einigen Fällen schlimmer sind als in anderen.

Obzwar ich über diese Probleme reiflich nachgedacht und ihre Entwicklung in den verschiedenen Staaten verfolgt habe, konnte ich nie drei Dinge verstehen, die zur Rechtfertigung des Systems vorgebracht werden: Dass die nachdrücklichste Form, die nationale Einheit herzustellen und auszudrücken, die Aufspaltung in Parteien sein soll; dass es eine notwendige Beziehung zwischen dem Vorhandensein von Parteien und den bürgerlichen Freiheiten geben muss; dass das Gewirre von Parteien ein gutes System ist, revolutionäre Ausbrüche der Faktionen zu verhindern. Was uns anbetrifft, so hat uns die Erfahrung langer Jahre gelehrt, dass die Parteien die Revolutionen hervorriefen und unfähig waren, die Freiheiten zu sichern.

Ohne dogmatische Absicht, aber den Blick auf unsere Bedürfnisse und unsre Wesensart gerichtet, begründete die Bewegung des 28. Mai ein parteiloses oder antiparteiliches Regime, wie man will. Einige halten es für rückschrittlich; besser oder gerechter wäre es, uns als Vorläufer zu betrachten. Die Schwierigkeiten, denen man heute überall begegnet, sind derart, dass die Entwicklung der politischen Regimes vor allem durch die Wirksamkeit der Regierungsmethoden beeinflusst wird. Die Diskussionen der aus zahlreichen Gruppen gebildeten Parlamente und die daraus folgende übermässige Kritik werden allmählich der grundlegenden Notwendigkeit des Regierens geopfert, und die Parlamente können sich nicht der Pflicht entziehen, eine Politik zu definieren, oder verhindern, dass die Regierungen eine Politik verfolgen, die sie selbst definieren. So haben wir unseren Weg verfolgt, indem wir ständig an jenen gemeinsamen Nenner — das Nationalinteresse — appellierten.

Es ist möglich, dass, um dieses zu verteidigen oder um die öffentliche Meinung nicht über sein Wesen ins Unklare kommen zu lassen, ein wenig übertrieben wurde und Freiheitsrechte eingeschränkt wurden, die ohne grössere Gefahr hätten anders geregelt werden können. Aber wir mussten uns zunächst über

gewisse grundlegende Begriffe einig werden, die in den letzten Diskussionen und demagogischen Appellen noch dunkler blieben als bisher.

Von Seiten der Oppositionen hörte man einen vorsichtigen Warnruf, der besagte, dass noch etwas mehr nötig sei, weil man mit der Freiheit allein nicht alles tun könne. Natürlich nicht. Ich möchte sagen, dass man nicht alles tun kann, noch dass man überhaupt etwas tun kann, besonders wenn unsere Tendenz dahin geht, ihr die Richtung zu geben, in die wir sie haben abweichen sehen. Schon vor vielen Jahren ist ein französischer Soziologe, der unsere Probleme und die Fehler unseres Charakters gründlich studiert hat, zu dem Schluss gekommen, dass diese ausgezeichnete Eigenschaft der Portugiesen — ihre Gefügigkeit — im Grunde eine schwere Gefahr für die politische und soziale Stabilität darstelle. Es würde genügen, dass jemand die Verwegenheit zum Versprechen und Lügen aufbrächte, um eine sogar begeisterte Anhängerschaft um sich zu schaffen, die der gesunde Menschenverstand übrigens später wieder neutralisieren würde. Warum lassen wir sie aber schaffen?

Weil, da sie keine tödliche Gefahr darstellt, erwartet wird, dass die Erscheinung viele andere zur Besinnung ruft, die der Ordnung und des Friedens müde zu sein scheinen und dazu neigen, an die schöpferischen Tugenden der politischen Agitation, der Mannigfaltigkeit der Programme und der Aufeinanderfolge kaum begonnener und sofort wieder beiseite gelegter Lösungen, des Schauspiels von Egoismus und Ambitionen zu glauben, dem das Land beiwohnen kann, aber nicht ohne dafür zu bezahlen. Es sind diejenigen, welche die methodische, planmässige Arbeit als Stillstand bezeichnen.

Aber gerade diesen möchte ich die Gerechtigkeit widerfahren lassen, die sie verdienen, jedoch nicht, ohne mit einer in gewissem Sinne brutalen Erklärung zu beginnen. Wenn man der Überzeugung ist, dass der ideologische Inhalt der Revolution verloren gegangen ist, oder, was praktisch auf dasselbe hinausläuft, dass die Prinzipien nicht mehr wirksam sind, noch die Menschen mehr

an sie glauben oder fähig sind, sie anzuwenden, dann ist es klar, dass etwaige Machtübergaben nur in dem Masse Bedeutung haben, als sie das erhalten können oder nicht, was mit soviel Kraftaufwand zum Wohle der Nation erreicht worden ist. Wenn aber diese selbe Revolution noch zahlreiche und getreue Anhänger hat und die Kraft in sich fühlt, sich durchzusetzen, dann ist es notwendig, dass sie in der Reinheit ihres Ideals und anfänglichen Glaubens zu wirken fortfährt, gereinigt von dem, was die Zeit an Unreinem in ihre Verwirklichungen gebracht haben mag, und gleichzeitig verbessert in dem, was dieselbe Zeit als unvollkommen geoffenbart hat.

Es ist offensichtlich, dass, wenn das Regime schon früher völlig institutionalisiert und die Wahl anders geordnet worden wäre, die Nation nicht den Prestigeverlust des gegenwärtigen Wahlkampfes erleiden würde. Es ist offensichtlich, dass, wenn die korporative Erfahrung schon weiter fortgeschritten und auf alle wirtschaftlichen, kulturellen oder moralischen Sektoren angewandt wäre, wir befähigt wären, ein vollständigeres Urteil über ihre Vor- und Nachteile zu bilden. Es ist offensichtlich, dass, wenn die Leitideen des Regimes mit Nachdruck bis zur Jugend der Schulen, der Werkstätten und der Äcker gebracht würden, nicht die geringste Befürchtung bestünde, ihr, ihnen allen ohne Ausnahme, zu gegebener Zeit das vaterländische Erbe anzuvertrauen, das leider in gewissen Händen Gefahr läuft. Es gibt noch die Trägheit der Menschen und der Institutionen, doch darüber werden wir in einer ruhigeren Zeit sprechen, wenn wir das Problem ausserhalb des Bereichs der Leidenschaften stellen können, um es im klaren Licht der Vernunft zu prüfen.

### III

Ich möchte noch einige Worte hinzufügen, da ich nicht weiss, ob mir nicht die Gelegenheit fehlen wird, sie zu sagen.

Das Regime, das am 28. Mai 1926 vom Heer eingesetzt und danach durch plebiszitäre Billigung der Politischen Verfassung konstitutionell gefestigt wurde, genoss den unschätzbaren Vorteil, sich bis jetzt unter nur zwei Präsidenten entwickelt zu haben, auf deren Eigenschaften und Dienstleistungen die Nation stolz sein kann. Zufall oder Ergebnis einer politischen Ausrichtung?

Diejenigen, die meinen, dem Leben der Völker in seiner obersten Leitung keinerlei Orientierung geben zu dürfen, und jene, die es nicht können, werden geneigt sein zu folgern, dass wir einfach Glück gehabt haben. Ich dagegen würde sagen, dass es sich, sowohl was die Stabilität der Staatsführung, als auch die persönlichen Verdienste derer, die sie einnahmen, betrifft, in Wirklichkeit um die Frucht der Prinzipien handelt, zu denen wir uns bekennen. Nicht alle Regimes erwecken oder entwickeln in den Männern des öffentlichen Lebens dieselben Eigenschaften, nicht alle sind gleichwertig in der Schaffung eines Stiles der Staatsführung oder in dem Geiste des Dienens.

Herr General Craveiro Lopes, dessen Mandat in wenigen Monaten ablaufen wird, hat sein Amt mit so vorbildlicher Hingabe, mit so hoher Würde, einer solchen Treue zu den grundlegenden Prinzipien des Regimes geführt, dass es undankbar wäre, die sieben Jahre seiner Amtswaltung nicht mit Dankbarkeit in unserem Gedächtnis zu bewahren. Unter seinen Verdiensten sind besonders hervorzuheben seine Reise nach Madeira und den Azoren und in fast die gesamte portugiesische Übersee; unter seinem Mandat hatte das Land die hohe Ehre, die Besuche von Herrschern und grossen Staatschefs zu empfangen und zu erwidern, deren freundschaftliche Beziehungen wir für wertvoll und einen wichtigen Faktor unserer Aussenpolitik erachten. Herr Präsident General Craveiro Lopes konnte ausserdem noch unter unvergesslichen Akklamationen die Wärme unserer Seelen in einer brüderlichen Umarmung der Portugiesen der ganzen Welt nach Brasilien bringen. Es gab keine Erschütterungen, kein Zögern, keine Missverständnisse, weil alles mit der Natürlichkeit

und dem Adel, in der Ordnung und der Ruhe verlief, an die wir uns schon gewöhnt haben. — Ist auch das Glück oder Politik?

Fast am Ende des Präsidentenmandats suchte die «União Nacional» einen Kandidaten nach demselben Grundsatz wie die anderen Male: Sie wählte den rechtschaffenen, würdigen, vorsichtigen, dienstbereiten Mann, der fähig ist, in Momenten der Krise die Interessen des Volkes zu verstehen und zu verteidigen. Es wird nicht nötig sein, eine Festung zu erstürmen, aber es kann sehr wohl die Notwendigkeit auftauchen, sie verteidigen zu müssen.

Unsere Orientierung war immer gegen das Wiederaufflakern politischer Kämpfe, in deren Heftigkeit und tragischem Ende wir andere ihr Glück suchen sehen. Nur in einem verfälschten Sinne kann man Politik mit unfruchtbarer Agitation, Ausbrüchen des Hasses, Vorhandensein persönlicher oder Gruppenambitionen zur Eroberung und Nutzniessung hoher Posten verwechseln. Nichts von dem, was ich behauptete, widersetzt sich natürlich — man sieht, dass es sich nicht widersetzt hat — der freien Diskussion der Probleme. Aber es will sagen, dass das öffentliche Bewusstsein sich vor allem an der Überlegung solider Argumente bilden muss, unter Kenntnis bestimmter und wohl interpretierter Tatsachen, im Licht uneigennütziger Stellungnahmen: nicht in dem Aufruhr der Leidenschaften und der Fälschung der Wahrheit. Diese meine heutigen Worte wollen ein Beitrag dazu sein, dass das Bewusstsein der Nation sich richtig bilde und richtig handle.

\*

\*

\*

Meine Herren: Ich denke, auf Ihre Glückwunschsbotschaft geantwortet zu haben Das Regime glaubt, um weiter zu arbeiten, mit dem Verständnis und der Treue des portugiesischen Volkes rechnen zu können.

*Worte Seiner Exzellenz des Ministerpräsidenten  
im Sportpalast.*

Fünf Minuten genügen für das, was ich zu sagen habe.

Der Wahlkampf geht seinem Ende zu, nicht wie wir es gewünscht hatten, sondern wie es sein konnte. Er zeichnete sich durch Manifestationen aus, die für die Vorstellung der Kandidaten und den Vergleich ihrer Verdienste, ja selbst für die Gegenüberstellung von Ideologien und Programmen entbehrlich waren, wenn bei jeder Präsidentenwahl eine Art Plebiszit über die Struktur des Staates und alle Probleme der Nation ertragen werden muss. Diese umfassende Revision, der wir uns so liberal unterworfen haben, wurde diesmal von Angriffen auf die öffentliche Ordnung begleitet, welche die gewohnte Ruhe unseres Lebens störten und in einigen Geistern einen Schatten des Zweifels oder der Furcht hinterlassen haben mögen. Etwas von unserem guten Ruf, den wir in langen Jahren mühsam errungen haben, ging dabei verloren; wir gewannen dabei, uns angesichts der Tatsachen fragen zu können, ob es sich um einen Wahlkampf portugiesischen oder amerikanischen Gepräges oder um die Vorbereitung einer aufständischen Bewegung russischen Gepräges unter dem Deckmantel dieses Wahlkampfes handelte. Der Geist des Umsturzes, der hier und dort auftauchte, liegt bestimmt in allen zivilisierten Ländern ausserhalb der Regeln des Wahlvorgangs.

Wir haben gearbeitet und werden auch weiterhin arbeiten an der Festigung eines Lebens- und Regierungssystems, in dem die

Ordnung sich vor allem aus der spontanen Disziplin eines jeden und der Achtung vor den anderen ergibt, und deshalb enthalten wir uns, ungesunde Leidenschaften zu erregen, die die Zwietracht unter den Portugiesen verbreiten. Wir appellieren nicht an die Gewalt, wir setzen niemand herab und wollen allen Gerechtigkeit widerfahren lassen. Nun werden wir geduldig die Saat des Hasses wieder hinausfegen müssen, mit der durch die Handlungsweise anderer die Atmosphäre des Landes vergiftet wurde.

Aber ich möchte mit der gewohnten kalten Gelassenheit versichern, dass das Milieu der Ruhe, das für das Gemeinschaftsleben wesentlich ist, auf diese oder eine andere Weise schnell wiederhergestellt werden wird, das heisst, dass wir dies unter allen Umständen und unter Anwendung aller der Autorität zur Verfügung stehenden Mittel tun werden.

Trotz allem freut uns die Tatsache, dass die Oppositionen sich bereit gefunden haben, an der Präsidentenwahl teilzunehmen, und die Regierung hat sich die grösste Mühe gegeben und mit den grössten Schwierigkeiten gekämpft, um ihnen die Tätigkeit zu ermöglichen und sie bis zur Abstimmung zu bringen. Zum ersten Mal, vermute ich, müssen wir einem festgeschlossenen Bündnis aller derer entgegentreten, die aus irgendeinem Grund — der Doktrin, des Gefühls oder der Interessen — sich verbunden haben, nicht zur Erneuerung des Regimes, wie einige dachten, sondern zu seinem Umsturz. Wie immer ihre Vertretung auch sein mag, ausgedehnt oder beschränkt, ihre Anwesenheit an den Wahlurnen widerlegt laut und deutlich — wie es übrigens auch schon bei der gesamten Propaganda der Fall ist — einen ihrer Gemeinsplätze, die Furcht, gegen deren Phantom sie zu kämpfen vorgaben.

Die Wahlen werden somit eine Kraftprobe sein, die wir uns auf dem Terrain des Gegners selbst gestatten können. Wir sind mehr als billig an eine leichte Bequemlichkeit gewöhnt, bei der einigen wenigen die schweren Aufgaben zufallen, nicht nur das zu planen und zu verwirklichen, was dem Wohle des Volkes frommt, sondern auch die Trägen aufzurütteln, die Nachlässigen

zu alarmieren, die Schüchternen zu beschützen. Ich sehe Zeiten herankommen, da von allen grössere Opfer als die Stimmabgabe zur Verteidigung des Gemeinwohls oder sogar des legitimen Interesses eines jeden einzelnen verlangt werden. Es können Zeiten kommen, da es notwendig sein wird, zu hartem Kampf bereit zu sein; und glücklich diejenigen, die jemand haben, der sie zusammenschliesst, sie führt, ihnen den Weg weist und mit ihrer Beihilfe den Sieg sichert.

Es liegt nicht in meinem Temperament, billige Appelle an das Tragische zu richten, noch ist dies die Absicht dieser Worte. Ich finde es jedoch angebracht, daran zu erinnern, dass in diesen schwierigen Zeiten keines der Güter, deren Nutzniessung wir uns erfreuen, sicher ist, wenn wir selbst nicht zu ihrer Sicherung beizutragen gewillt sind. Weder die Unabhängigkeit und Integrität der Vaterlandserde, noch der Friede, die Ordnung, der Komfort und die Güter, noch die Intimität des Heims und die Freiheit des Gewissens, noch die Wirtschaft, die Arbeit, noch die Verbesserungen und Unternehmungen der öffentlichen Hand — das alles ist nur insoweit sicher, als wir selbst die Prinzipien verteidigen, von denen das alles ausgeht oder auf denen das alles beruht, und als wir bereit sind, für dieselben zu kämpfen.

Doch möchte ich heute — und ich bedaure zutiefst, dass es mir nicht ganz gelungen ist — alle Strenge und Härte von mir weisen, denn meine Absicht war es lediglich, zur Wahl des neuen Präsidenten der Republik einen letzten, fröhlichen und vertrauensvollen Appell an Ihre Treue und nötigenfalls auch an Ihren Mut zu richten. Es gibt gewiss zahlreiche Unzufriedene, und die Regierungen müssen ihre Tätigkeit dort verstärken oder korrigieren, wo es wichtig ist, um diese Unzufriedenheit zu beseitigen. Es gibt viele Ungläubige mit leerer Seele, denen gegenüber wir die Pflicht haben, sie zu unserem patriotischen Glauben zu bekehren zu versuchen. Es mag Träger von weit von den unsern abweichenden Überzeugungen geben, die wir aufklären müssten. Es gibt alle diese, und vielleicht durch unsere Schuld. Aber wir sind alle die übrigen. Wir sind so viele, die durch dieselbe Auffassung des

Vaterlandsinteresses verbunden sind, die für das grössere Ansehen und den Aufstieg der Nation gearbeitet und gelitten haben, dass diese nicht unschlüssig sein wird hinsichtlich dessen, der ihr dienen und sie wie bisher würdig vertreten kann. Haben wir keine Furcht!







1648

VERLAG  
**S·N·I**  
LISSABON

BN



\*EFG0000513632\*

S.N.